

Erste Ergebnisse der repräsentativen Befragung „Menschen in Deutschland“ für das Jahr 2024 (MiD 2024)

Peter Wetzels, Diego Farren, Katrin Brettfeld, Jannik M.K. Fischer und Rebecca Endtricht
(Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Hamburg)

Die Studie „Menschen in Deutschland“ (MiD) wird von der Universität Hamburg im Rahmen des seit 2019 existierenden bundesweiten Forschungsverbundes MOTRA durchgeführt. Sie untersucht Meinungen und Haltungen von Menschen ab 18 Jahren in Deutschland zu politischen und gesellschaftlichen Themen. Dazu findet seit 2021 jedes Jahr im Frühsommer eine repräsentative Befragung der erwachsenen Wohnbevölkerung in Deutschland statt. In dieser werden alljährlich über 4.000 Menschen gebeten, Angaben zu ihren Erfahrungen, Einstellungen und Meinungen zu machen. Im Folgenden werden ausgewählte Befunde der vierten Welle der MiD-Studie aus dem Jahr 2024 vorgestellt. Im Zentrum dessen stehen zum einen subjektive Wahrnehmungen gegenwärtiger gesellschaftlicher Herausforderungen und Probleme sowie damit assoziierte Besorgnisse. Weiter geht es um die Bewertung und Einschätzung wichtiger gesellschaftlicher Entscheidungsträger sowie staatlicher und politischer Institutionen seitens der Bevölkerung. In einem Zeitvergleich wird auch auf Ergebnisse der vorherigen Erhebungswellen aus den Jahren 2021, 2022 und 2023 eingegangen. Insbesondere auffällige Veränderungen werden genauer in den Blick genommen und erläutert.

Menschen in Deutschland 2024: Die Teilnehmer*innen der vierten Erhebungswelle¹



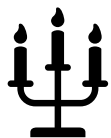
- 4 386 Personen ab 18 Jahren haben zwischen Anfang April und Anfang Juli 2024 an der vierten Welle der MiD-Studie teilgenommen.
- 49% dieser Befragten sind männlich, 51% weiblich.
- Das Durchschnittsalter liegt bei 51 Jahren.



- Etwa ein Drittel der Befragten (27%) hat einen Hauptschulabschluss oder keinen Schulabschluss, 34% haben die Mittlere Reife und 39% Abitur.
- Mehr als die Hälfte der Befragten (54%) ist in Voll- oder Teilzeit erwerbstätig.
- 30% der Befragten sind in Rente, Pension oder Vorruhestand.



- Etwa ein Viertel der Befragten (27%) hat einen Migrationshintergrund.
- 86% besitzen die deutsche Staatsbürgerschaft (entweder als erste oder zweite Staatsangehörigkeit).



- Der Großteil der Befragten gehört einer christlichen Religion an (59%).
- Etwa 8% fühlen sich dem Islam zugehörig.
- Andere Religionen sind mit 1% der Befragten nur selten vertreten.
- Circa ein Drittel (31%) gibt an, keiner Religion anzugehören bzw. sich keiner Religion zugehörig zu fühlen.

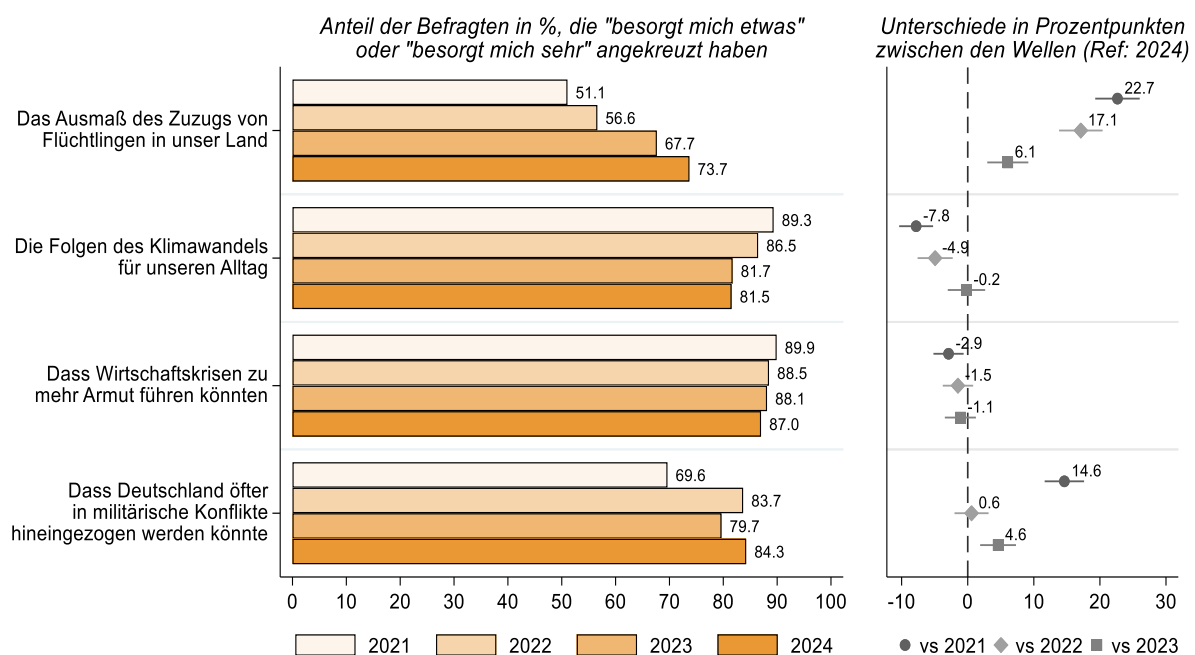
¹ Die Studie wird seit 2019 durch Zuwendungen des BMBF (FKZ 13N15222) und des BMI finanziert. Alle Auswertungen wurden mit gewichteten Daten vorgenommen. Die Ergebnisse sind repräsentativ und für die erwachsenen Einwohner*innen Deutschlands gültig.

1. Verbreitung von Sorgen und Verunsicherungen angesichts aktueller gesellschaftlicher Probleme und politischer Herausforderungen

Im Jahr 2024 liegen die Besorgnisse der Menschen in Deutschland angesichts der weltpolitischen wie auch der nationalen Entwicklungen auf einem sehr hohen Niveau. Es finden sich insoweit aktuell die Spitzenwerte für den Zeitraum 2021-2024.

Sorgen, die in den letzten vier Jahren am stärksten zugenommen haben, beziehen sich auf die Themen Flüchtlingszuwanderung und Krieg. Der Anteil der Befragten, die darüber „etwas“ oder „sehr“ besorgt sind, ist in den letzten vier Jahren um 22.7 bzw. 14.6 Prozentpunkte gestiegen. Demgegenüber bleiben Besorgnisse wegen des Klimawandels mit über achtzig Prozent zwar weiterhin hoch, haben aber im betrachteten Zeitraum um 7.8 Prozentpunkte abgenommen.

Abbildung 1: Verbreitung von Besorgnissen angesichts gesellschaftlicher und politischer Entwicklungen nach Themenbereichen und Jahr der Erhebungswelle
(Frage: „Inwieweit sind Sie über die folgenden Herausforderungen und deren mögliche Auswirkungen auf ihr Leben besorgt?“) (MiD 2021-2024, gewichtete Daten)



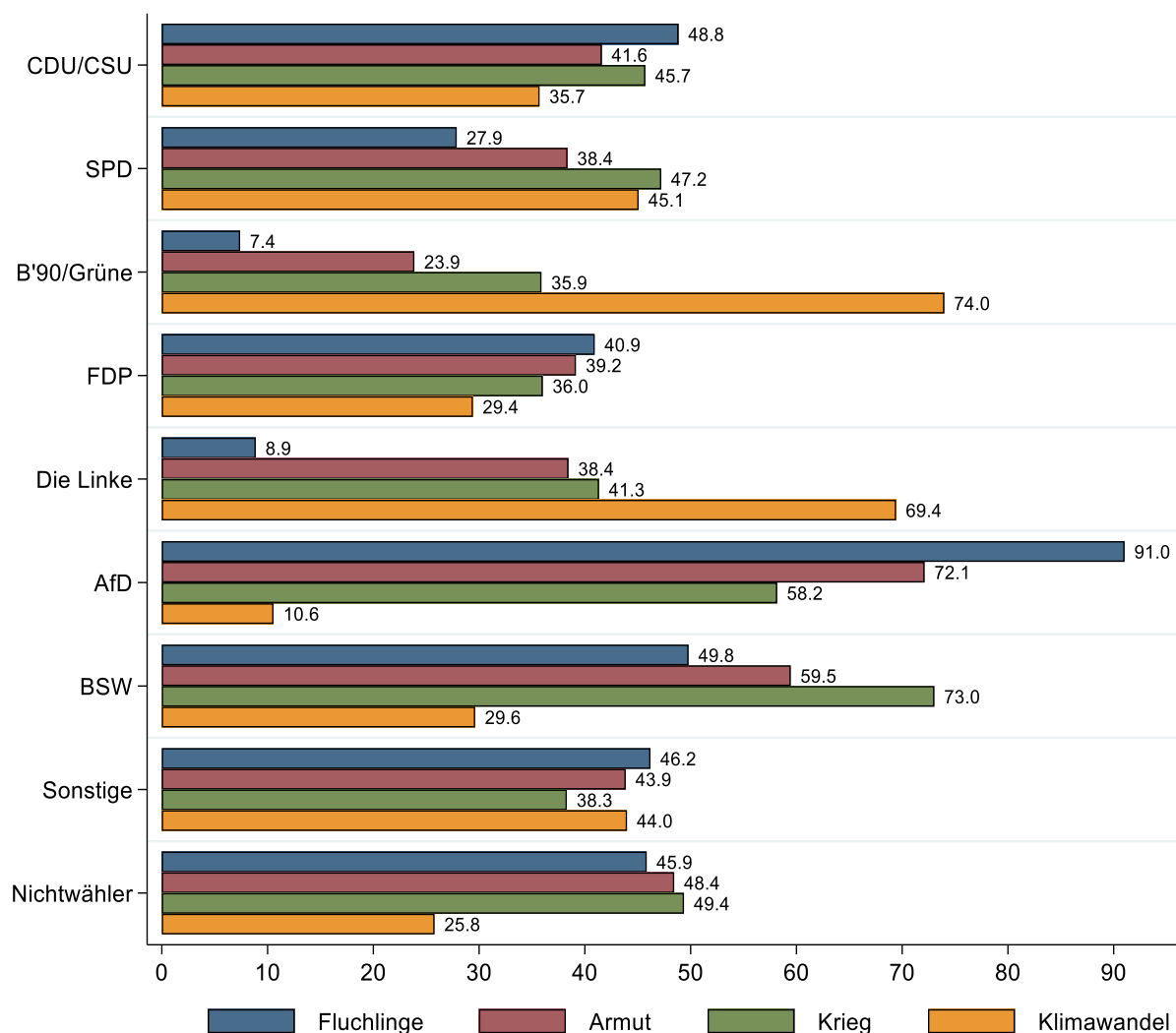
Welches jeweils die wichtigsten Sorgen sind und wie sich deren Ausmaß verändert hat unterscheidet sich allerdings ganz erheblich in Abhängigkeit von den politischen Orientierungen und Parteipräferenzen der befragten Bürgerinnen und Bürger.

Erwartungsgemäß macht sich die überwiegende Mehrheit (91%) jener Befragten, die eine Präferenz für die AfD angeben, große Sorgen über den Zuzug von Flüchtlingen. Diese Raten sind bei den potenziellen Wähler*innen von CDU/CSU (48.8%) und BSW (49.8%) deutlich niedriger. Am niedrigsten sind diese Anteile bei den Anhänger*innen von Bündnis90/Grüne mit 7.4% und der Partei „Die Linke“ mit 8.9%.

Besorgnisse wegen Wirtschaftskrisen und möglichen Armutsfolgen sind bei Anhänger*innen der AfD und des BSW mit 72.1% bzw. 59.5% besonders verbreitet. Sorgen um einen möglichen Krieg machen sich ebenfalls die potentiellen Wähler*innen des BSW mit 73% und der AfD mit 58.2% am häufigsten. Der Klimawandel bereitet demgegenüber besonders oft den Wähler*innen der Parteien B'90/Grüne (74%) und Die Linke (69.4%) Sorgen.

Es findet sich damit ein Gesamtbild, wonach die Wähler*innen der links- sowie rechts-autoritären populistischen Parteien AfD und BSW besonders stark von Sorgen gelenkt werden. Bei der AfD gilt dies vor allem für Sorgen in Bezug auf Flucht/Migration und Armut. Bei der BSW stehen Krieg und Armut im Zentrum. Bei Bündnis90/Grüne sowie der Partei „Die Linke“ dominiert insoweit der Klimawandel mit Spitzenwerten der Besorgnisraten.

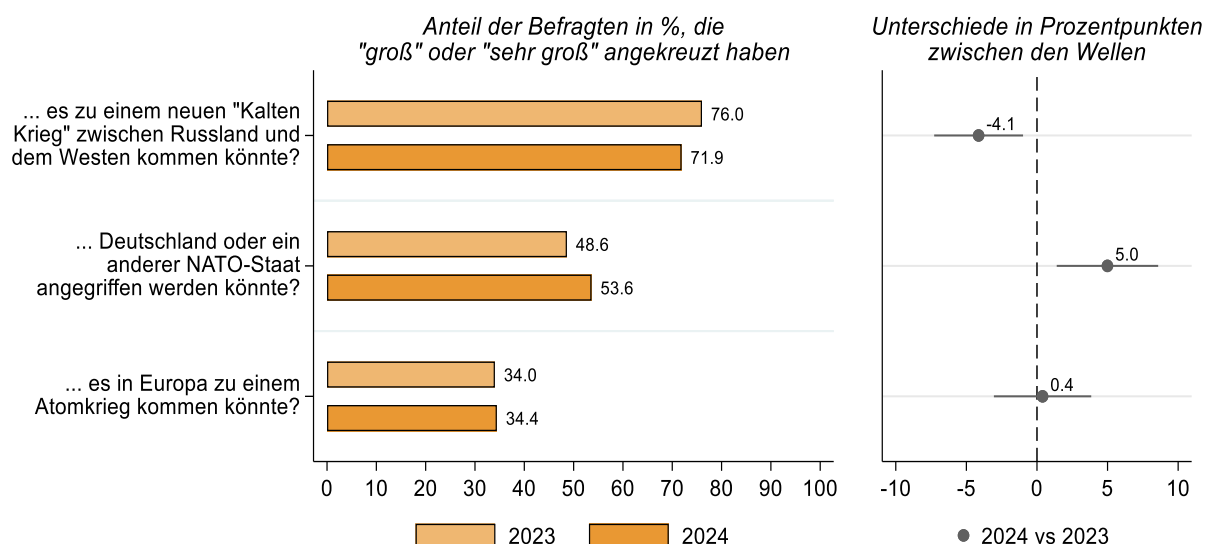
Abbildung 2: Prozentraten Befragter, die „sehr besorgt“ sind, nach Problemfeld und Parteipräferenz, (MiD 2024, gewichtete Daten)



Wenn man die allgemein mit Krieg assoziierten Besorgnisse vor dem Hintergrund der Entwicklungen in der Ukraine weiter konkretisiert zeigt sich, dass sich die Sorgen der Menschen in Deutschland mit Blick auf einen möglichen neuen „Kalten Krieg“ zwischen 2023 und 2024 etwas verringert haben. Trotz dieses leichten Rückgangs um 4.1 Prozentpunkte ist diese Besorgnis mit über 70% der Befragten recht hoch.

Gestiegen ist die Sorge, dass ein NATO-Staat tatsächlich angegriffen werden könnte. Diese Rate hat um 5 Prozentpunkte zugenommen und liegt derzeit bei 53.6%, betrifft also mehr als die Hälfte der Bevölkerung. Bei etwa einem Drittel (34.4%) bestehen zudem große Sorgen, dass es in Europa zu einem Atomkrieg kommen könnte.

Abbildung 3: Verbreitung „großer“ oder „sehr großer“ kriegsbezogener Besorgnisse 2023 und 2024
(Angaben in %; MiD 2023, 2024; gewichtete Daten)

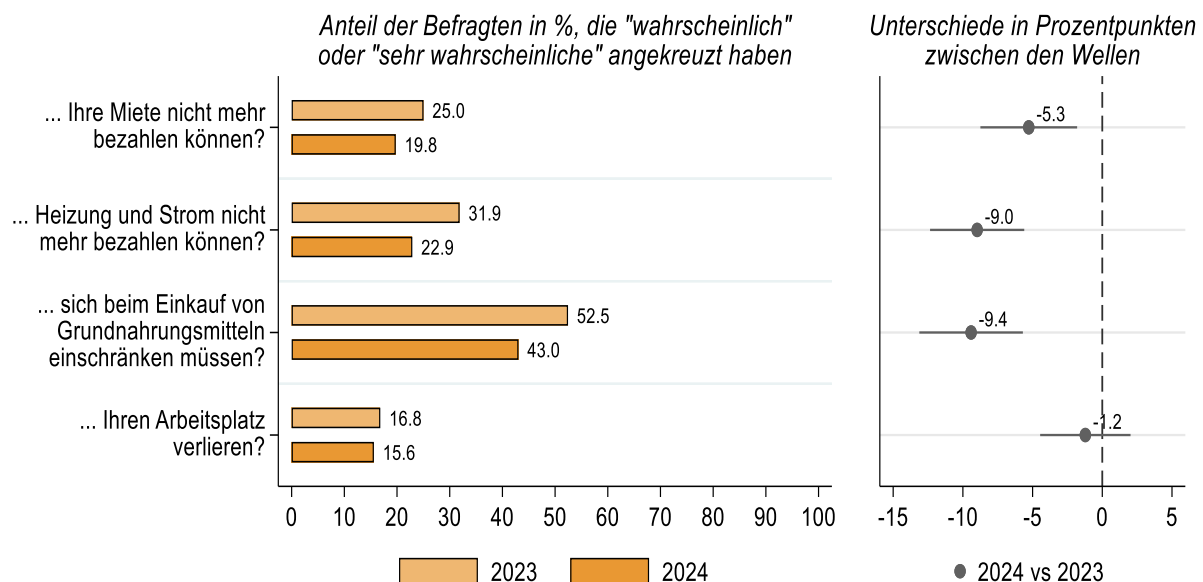


Abseits von Flucht/Migration/Zuwanderung sowie Krieg spielen auch Entwicklungen der wirtschaftlichen Situation und damit verbundene Herausforderungen und Probleme in Bezug auf das eigene Leben für zahlreiche die Bürgerinnen und Bürger eine ganz zentrale Rolle. Vor dem Hintergrund der enormen Preissteigerungen und Inflation, die im Gefolge der Corona-Pandemie zu registrieren waren, wurde erhoben, wie die Befragten die Entwicklung ihrer eigenen wirtschaftlichen Situation in der näheren Zukunft sehen.

Die Teilnehmenden waren gebeten worden einzuschätzen, wie wahrscheinlich es ist, dass sie in den nächsten sechs Monaten in unterschiedlichen Formen in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten könnten. Rund ein Fünftel hält es für „wahrscheinlich“ bis „sehr wahrscheinlich“, dass sie ihre Miete nicht mehr bezahlen können. Ein ähnlich hoher Anteil glaubt, demnächst die Heizkosten nicht mehr zahlen zu können. 43% der Befragten erwarten, dass sie sich zukünftig im Alltag sogar beim Einkauf von Grundnahrungsmitteln einschränken müssen.

Diese Werte sind zwar zwischen 2023 und 2024 signifikant zurückgegangen, sie befinden sich aber immer noch auf einem hohen Niveau. Nicht verändert hat sich mit 16% die Rate derer, die den Verlust ihres Arbeitsplatzes befürchten.

Abbildung 4: Erwartete persönliche wirtschaftlicher Belastungen in den nächsten 6 Monate: Prozent Befragte, die das für „wahrscheinlich“ oder „sehr wahrscheinlich“ halten.
(MiD 2023, 2024, gewichtete Daten, Angaben in %)



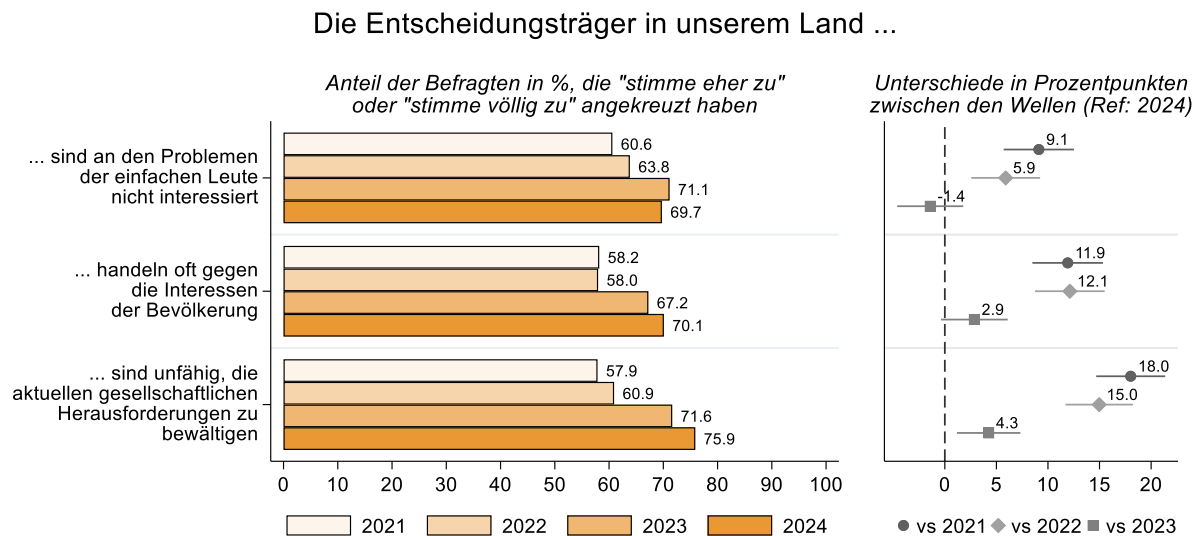
2. Wahrnehmung von Staat, Politik und gesellschaftlichen Entscheidungsträgern

Die Mehrheit der Bürger*innen hält schon seit längerer Zeit die gesellschaftlichen Entscheidungsträger in Deutschland mit Blick auf die aktuellen Herausforderungen, vor denen sie unser Land gestellt sehen, für nicht hinreichend kompetent.

2024 stimmen 69.7% der Aussage zu, dass die gesellschaftlichen Entscheidungsträger aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik in unserem Land sich nicht für die Probleme der einfachen Leute interessieren. 70.1% glauben weiter, dass die gesellschaftlichen Führungskräfte oft gegen die Interessen der Bevölkerung handeln. 75.9% sind zudem der Ansicht, die Verantwortlichen seien gar nicht in der Lage, die aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen erfolgreich zu bewältigen.

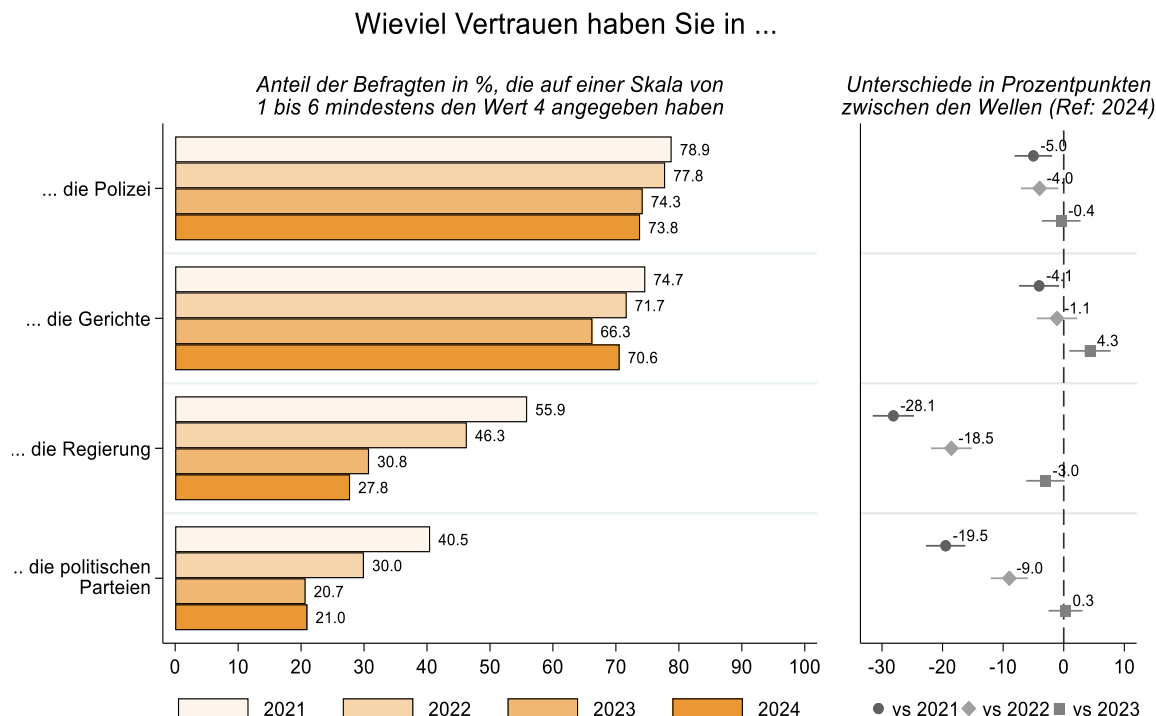
Die Zustimmung zu diesen drei Aussagen ist seit 2021 deutlich um +9.1 (Desinteresse an Problemen der einfachen Leute), +11.9 (Handeln gegen die Interessen der Bürger) bzw. +18.0 Prozentpunkte (unfähig die Probleme zu lösen) gewachsen.

Abbildung 5: Entwicklung der subjektiven Bewertungen gesellschaftlicher Entscheidungsträger
(MiD 2021-2024, gewichtete Daten)



Weiter zeigen sich, damit korrespondierend, hinsichtlich des Vertrauens der Bürger*innen in Politik und staatliche Institutionen seit 2021 erhebliche Rückgänge.

Abbildung 6: Entwicklung des Vertrauens in Politik und staatliche Institutionen
(MiD 2021-2024, gewichtete Daten)



Mit 73.8% ist nach wie vor die Rate derer, welche der Polizei vertrauen, im Vergleich der Institutionen am höchsten (die Rate bezieht sich auf die Zusammenfassung der

Werte von 4 bis 6 auf einer Skala von 1 bis 6). Auch diese, in vielen Umfragen immer wieder als besonders hoch vertrauenswürdig angesehene Institution verliert jedoch 5.0 Prozentpunkte des Vertrauens seit 2021.

Das Vertrauen in die Gerichte ist mit 70.6% im Jahr 2024 am zweithöchsten. Es steigt zum ersten Mal seit Beginn dieser Studie im Jahr 2021 im Vergleich zum Vorjahr (2023) zwar wieder signifikant etwas an (um 4.3 Prozentpunkte). Allerdings ist auch das Vertrauen in die Gerichtsbarkeit bei längerfristiger Betrachtung seit 2021 um 4.1 Prozentpunkte zurückgegangen.

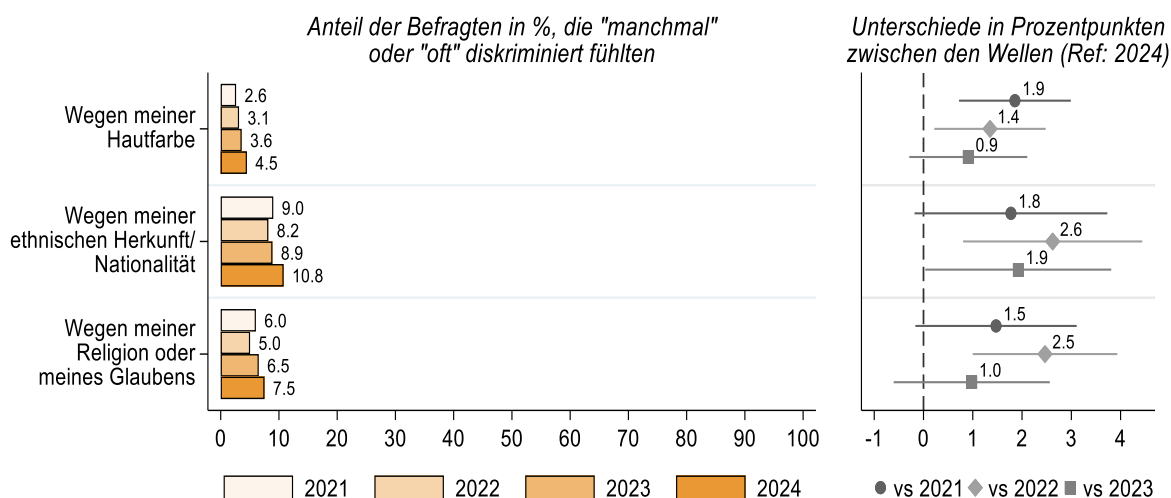
In Bezug auf Regierung und politische Parteien nimmt das Vertrauen seit 2021 kontinuierlich und ganz rapide ab. Die jüngsten Veränderungen zwischen 2023 und 2024 sind zwar statistisch nicht mehr signifikant. Im langfristigen Trend sind aber massiv Verluste unübersehbar. Aktuell ist 2024 der bisherige Tiefststand erreicht.

Das Vertrauen in die Regierung lag 2021 bei 55.9% und ist bis 2024 auf 27.8% gesunken, hat sich also halbiert. Das Vertrauen in die politischen Parteien lag im Jahr 2021 bei 40.5%, im Jahr 2024 dann aber nur noch bei etwa der Hälfte dessen (21%). Mit anderen Worten: Die Regierung hat innerhalb von drei Jahren (zwischen 2021 und 2024) 28.1 Prozentpunkte und die politischen Parteien haben 19.5 Prozentpunkte an Vertrauen verloren. Eine Trendwende ist nicht zu erkennen.

3. Individuelle Diskriminierungserlebnisse und subjektive Wahrnehmungen kollektiver Marginalisierungen der Eigengruppe

Betrachtet man die Gesamtbevölkerung, dann könnte man den Eindruck gewinnen, dass persönliche Diskriminierungserfahrungen, hier erfasst in Bezug eigene Erlebnisse in den letzten 12 Monaten, nur von recht wenigen gemacht werden.

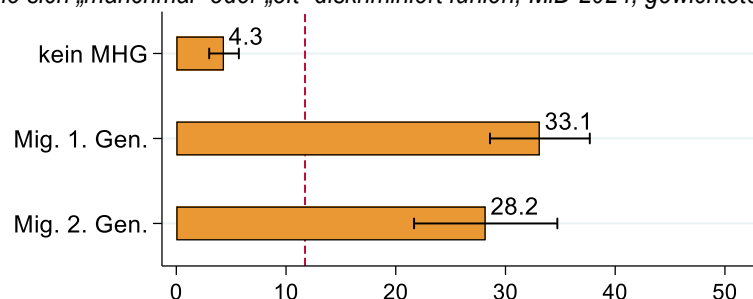
Abbildung 7: Verbreitung persönlicher Diskriminierungserlebnisse wegen Hautfarbe, ethnischer Herkunft/ Nationalität oder Religion 2021-2024 (MiD 2021-2024, gewichtete Daten)



Aufgrund ihrer Hautfarbe wurden 4.5% der Befragten des Jahres 2024 in den letzten 12 Monaten „manchmal“ oder „oft“ diskriminiert. Dieser Anteil ist seit 2021 um 1.9 Prozentpunkte signifikant angestiegen. Aufgrund ihrer ethnischen Herkunft oder Nationalität fühlten sich 10.8% der Befragten 2024 diskriminiert. Auch diese Rate ist im Vergleich zu den Vorjahren gestiegen und aktuell auf dem höchsten Niveau. Aufgrund der Religion diskriminiert wurden nach eigenen Angaben 2024 von den Befragten 7.5%. Auch diese Art der Diskriminierung ist damit in Bezug auf die Zeit 2021-2024 aktuell am höchsten.

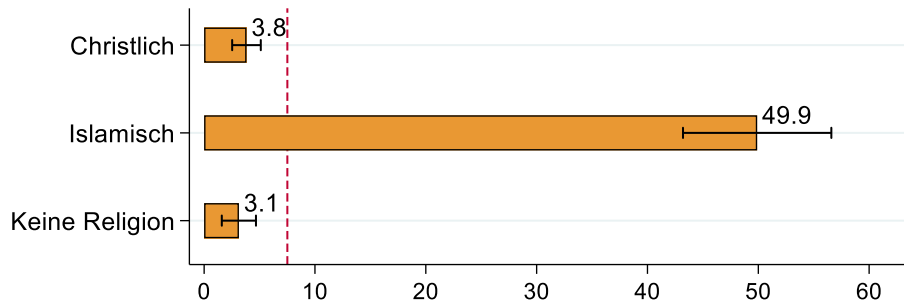
Betrachtet man die Verbreitung von Diskriminierungen aufgrund der Hautfarbe, der ethnischen Herkunft oder der Nationalität allerdings in Abhängigkeit von der Frage eines möglichen Migrationshintergrundes, zeigt sich eine doch ganz enorme Verbreitung solcher Erfahrungen in bestimmten Teilpopulationen. Insbesondere Migrant:innen der ersten Generation berichten zu erheblichen Anteilen über solche Erlebnisse aus den letzten 12 Monaten. Ein Drittel dieser Gruppe (33.1%) fühlte sich aus diesem Grund in den letzten 12 Monaten mehrfach, d.h. „manchmal“ oder „oft“ diskriminiert. 28.2% der Migranten der zweiten Generation, d.h. Befragte, die selbst in Deutschland geboren sind, aber mindestens ein im Ausland geborenes Elternteil haben, wurden nach eigenen Angaben gleichfalls aus diesem Grund diskriminiert. Von den Personen ohne Migrationshintergrund fühlten sich demgegenüber nur 4.3% in einer solchen Hinsicht persönlich diskriminiert.

Abbildung 8: Prävalenz persönlicher Diskriminierungserlebnisse aufgrund von Hautfarbe oder Nationalität/ethnischer Herkunft nach Migrationshintergrund
(% die sich „manchmal“ oder „oft“ diskriminiert fühlen; MiD 2024; gewichtete Daten)



Diskriminierung aufgrund der Religion wurde vor allem von muslimischen Befragten berichtet. Fast die Hälfte dieser Gruppe (49.9%) fühlte sich 2024 „manchmal“ bis „oft“ aufgrund ihrer Religion diskriminiert. Bei Christen sind es nur 3.8%.

Abbildung 9: Prävalenz persönlicher Diskriminierungserlebnisse wegen der eigenen Religion nach Art der Religionszugehörigkeit
(% „manchmal“ oder „oft“ wegen Religion diskriminiert gefühlt; MiD 2024; gewichtete Daten)



Die Befragten wurden ferner gebeten anzugeben, wie ihrer Einschätzung nach, unabhängig von ihren persönlichen Erlebnissen als individuelle Opfer von Diskriminierung, ganz allgemein Menschen ihrer Art („Menschen wie ich ...“) in unserer Gesellschaft angesehen und behandelt werden. Im Vordergrund stehen hier stellvertretende Viktimisierungen im Sinne der Wahrnehmung einer Ungleichbehandlung und Benachteiligung von Personen aus der eigenen Referenzgruppe, mit der man sich selbst identifiziert und der man sich zugehörig fühlt.

Solche Marginalisierungserfahrungen beziehen sich unter anderem auf die subjektive Wahrnehmung der Umgangsweisen staatlicher Institutionen mit Bürger*innen und Bürgern der jeweiligen Eigengruppe.

Die Antworten deuten auf recht ausgeprägte und weit verbreitete Wahrnehmungen einer schlechteren Behandlung im Vergleich zu anderen hin, d.h. einer kollektiven Marginalisierung der jeweiligen eigenen Gruppe. Diese Wahrnehmungen haben im Verlauf der hier untersuchten Jahre zudem deutlich zugenommen (vgl. Abbildung 10).

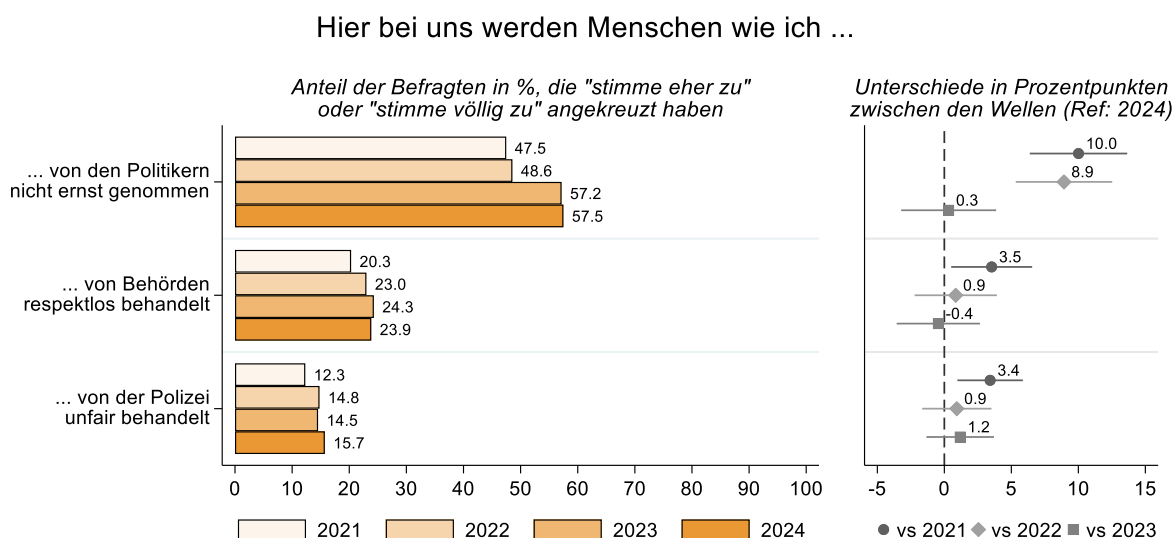
So sind deutliche Anstiege der Zustimmung zu der Aussage zu verzeichnen, dass Menschen wie man selbst von Politikern nicht ernst genommen werden. Diese Rate lag 2021 bei 47.5 Prozent. Sie stieg auf 57.5 Prozent im Jahr 2024. Diese Zunahme um 10 Prozentpunkte ist statistisch signifikant.

20.3% der Befragten stimmten 2021 der Aussage zu, dass Behörden Menschen wie sie respektlos behandeln. 2024 sind dies 23.9%, was einer signifikanten Zunahme von 3.5 Prozentpunkten entspricht.

Der Aussage, die Polizei behandele Personen aus ihrer Eigengruppe ungerecht, stimmten 12.3% der Befragten im Jahr 2021 zu; 2024 waren es 15.7%. Dieser Anstieg um 3.4 Prozentpunkte ist statistisch gleichfalls signifikant.

Insgesamt ist damit ein erheblicher Anstieg kollektiver Marginalisierungserlebnisse zu verzeichnen, die mit einem erheblichen Risiko verbunden sind, dass es zu markanten Legitimationsverlusten staatlicher Institutionen bei weiten Teile der Bevölkerung kommen könnte.

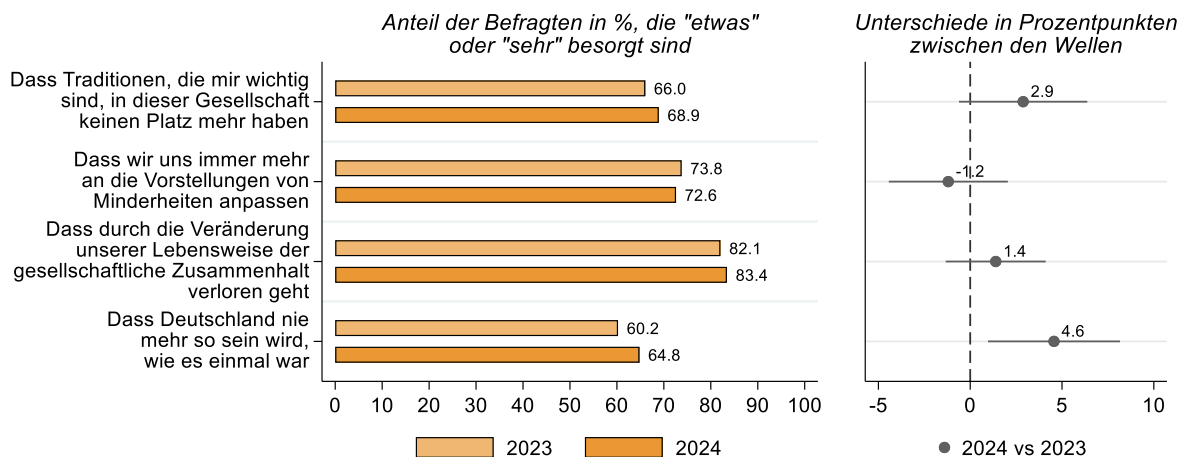
Abbildung 10: Entwicklung kollektiver Marginalisierungswahrnehmungen
(MiD 2021-2024, gewichtete Daten)



4. Bedrohungserleben und Verlustängste im Kontext gesellschaftlichen Wandels

Ein großer Anteil der Befragten äußert sich verunsichert oder besorgt angesichts subjektiv wahrgenommener Konfrontationen mit kulturellem Wandel und einem möglichen Verlust althergebrachter Gewissheiten und Traditionen.

Abbildung 11: Entwicklung von Besorgnissen angesichts sozialen und kulturellen Wandels
(MiD 2023-2024, gewichtete Daten)



So werden von der überwiegenden Mehrheit starke Befürchtungen aufgrund kultureller Veränderungen und gesellschaftlichen Wandels geäußert (zwischen 64.8% und 83.4%). Diese betreffen "Verlust von Traditionen", "Anpassung an Minderheiten", "Verlust des sozialen Zusammenhalts" und die Beobachtung "Deutschland wird sich deutlich verändern".

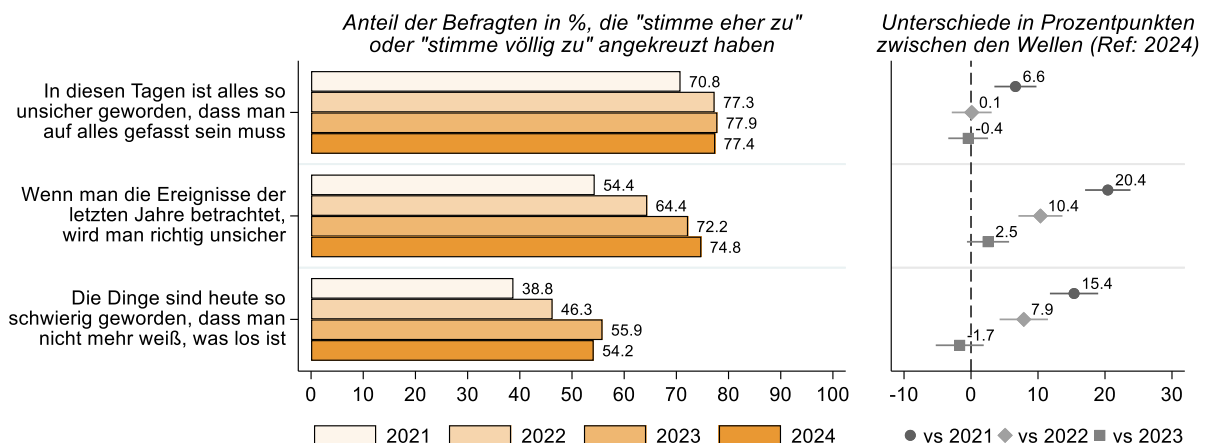
Dieses hohe Niveau kultureller Verlustängste besteht schon seit 2023. Zunahmen sind 2024 nur hinsichtlich der globalen Besorgnis darüber, dass Deutschland sich deutlich verändern wird, in einem auch statistisch signifikanten Maß zu erkennen.

5. Verbreitung allgemeiner anomischer Verunsicherung

All diese skizzierten Entwicklung gehen damit einher, dass sich 2024 eine Mehrheit der erwachsenen Bevölkerung in Deutschland, angesichts der Vielzahl der Probleme, Herausforderungen und Veränderungen der letzten Jahre, sowohl im Hinblick auf die gesellschaftliche Situation insgesamt als auch mit Blick auf eigene Perspektiven massiv verunsichert fühlt.

Weit über 70% der Befragten stimmen den Aussagen „eher“ oder „völlig“ zu, dass man aktuell „auf alles gefasst“ sein müsse. Kontinuierlich gewachsen ist seit 2021 vor allem die Rate derer, die sich angesichts der Ereignisse der letzten Jahre „richtig unsicher“ fühlt. Hier wird 2024 der bisherige Spitzenwert erreicht.

Abbildung 12: Verbreitung anomischer Verunsicherung 2021 - 2024
(MiD 2021-2024, gewichtete Daten)



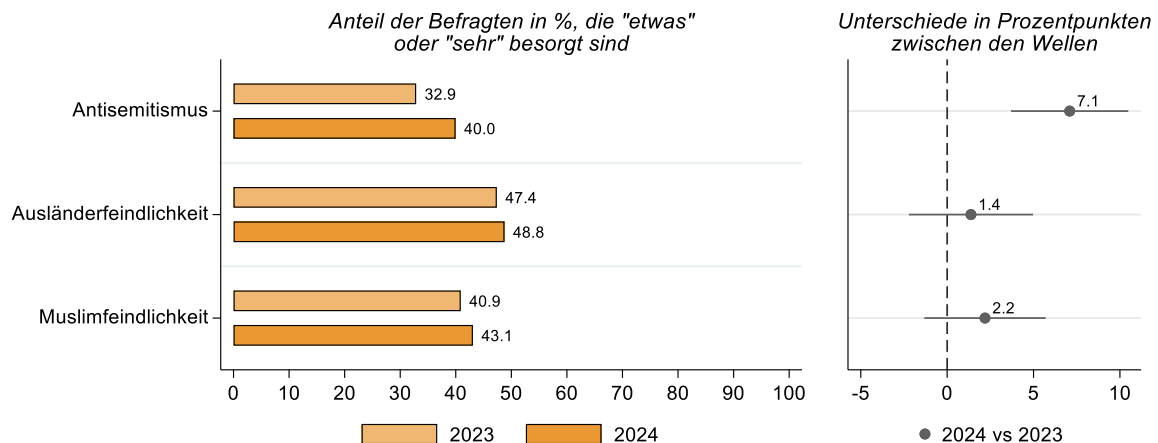
Das Gefühl, nicht mehr zu wissen, was los ist, äußern 2024 mit 54.2% mehr als die Hälfte. Dieser Anteil ist zudem seit 2021 um 15.4 Prozentpunkte ganz massiv angestiegen.

6. Wahrnehmung von Extremismen und Intoleranz im eigenen Lebensumfeld

Neben den eigenen politischen Einstellungen wurden auch Wahrnehmungen des Zustandes im eigenen Lebensumfeld erfasst. Untersucht wurde insoweit, in welchem Ausmaß Formen intoleranter Haltungen in der eigenen Wohnumgebung wahrgenommen werden, die sich in Vorurteilen, Hass oder Ablehnung von Fremdgruppen und Minderheiten zu erkennen geben. Erhoben wurden insoweit die Häufigkeiten der Beobachtungen von Anzeichen und Aktivitäten, die als Formen des Antisemitismus, der Ausländerfeindlichkeit oder der Muslimfeindlichkeit eingeordnet wurden. Weiter wurde gemessen, inwieweit die Befragten in ihrer Umgebung Hinweise

auf Aktivitäten in den Bereichen Linksextremismus, Rechtsextremismus oder Islamismus wahrnehmen und wie sie darauf reagieren.

Abbildung 13: Besorgnisse wegen der Wahrnehmung verschiedener Formen von Vorurteilen und Intoleranz im eigenen Lebensumfeld: Entwicklungen zwischen 2023 und 2024
(MiD 2023 und MiD 2024, gewichtete Daten)

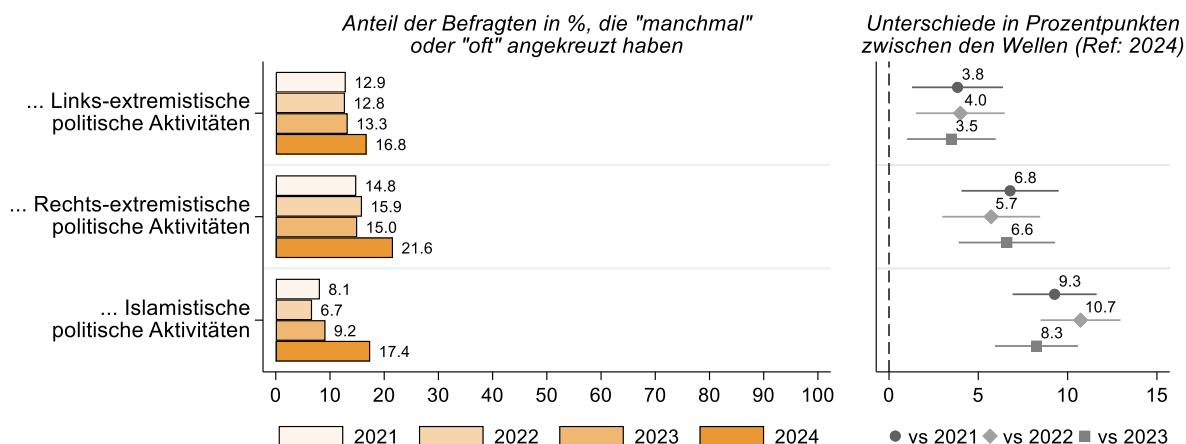


Im Hinblick auf Besorgnisse wegen Formen von Intoleranz und Vorurteilen zeigen sich in Bezug auf Antisemitismus zwischen 2023 und 2024 signifikante Anstiege von 32.9% auf 40.0%. Besorgnisse wegen Islamfeindlichkeit und Ausländerfeindlichkeit sind deutlich häufiger. 48.8% machten sich 2024 Sorgen wegen Ausländerfeindlichkeit in ihrem Wohnumfeld, 43.1% wegen Islamfeindlichkeit. Diese haben sich zwischen 2023 und 2024 aber nicht signifikant verändert.

In Bezug auf politisch-extremistische Aktivitäten im eigenen Lebensumfeld berichtet nur eine Minderheit der Befragten, diese dort „manchmal“ oder „oft“ beobachtet zu haben. Am häufigsten handelt es sich um rechtsextreme Aktivitäten (21.6%), an zweiter Stelle folgen islamistische Aktivitäten (17.4%). Die geringsten Raten an Beobachtungen sind für linksextremistische Aktivitäten zu konstatieren.

Für alle drei Formen beobachteter politisch-extremistischer Aktivitäten sind 2024 allerdings klare Zunahmen im Vergleich zu den Vorjahren zu verzeichnen. Seit 2021 sind die Raten um 3.8 (links), 6.8 (rechts) und 9.3 Prozentpunkte (islamistisch) angestiegen.

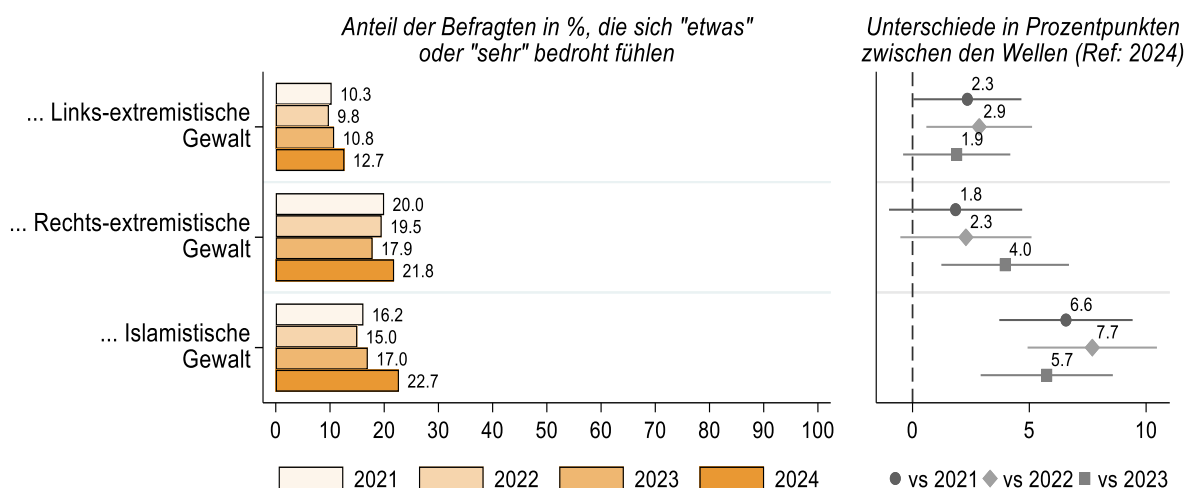
Abbildung 14: Beobachtung politisch extremistischer Aktivitäten im eigenen Lebensumfeld 2021 – 2024
(MiD 2021 - 2024, gewichtete Daten)



Interessant ist, dass die am seltensten im eigenen Umfeld beobachtete Formen politisch-extremistischer Aktivitäten, diese betreffen den Islamismus, zugleich mit der stärksten Verbreitung von Bedrohungsgefühlen in Bezug auf entsprechend politisch motivierte Gewalt in der eigenen Stadt/Gemeinde einhergehen.

22.7% der Befragten geben 2024 an, sich in ihrem Lebensumfeld „etwas“ bis „sehr“ durch islamistische Gewalt bedroht zu fühlen. Mit 21.6% fühlen sich nur geringfügig weniger Menschen durch rechtsextreme Gewalt bedroht. 16.8% äußern das in Bezug auf linksextreme Gewalt.

Abbildung 15: Verbreitung von Bedrohungsgefühlen wegen politisch-extremistisch motivierter Gewalt in der eigenen Stadt oder Gemeinde 2021-2024 (MiD 2021 - 2024, gewichtete Daten)



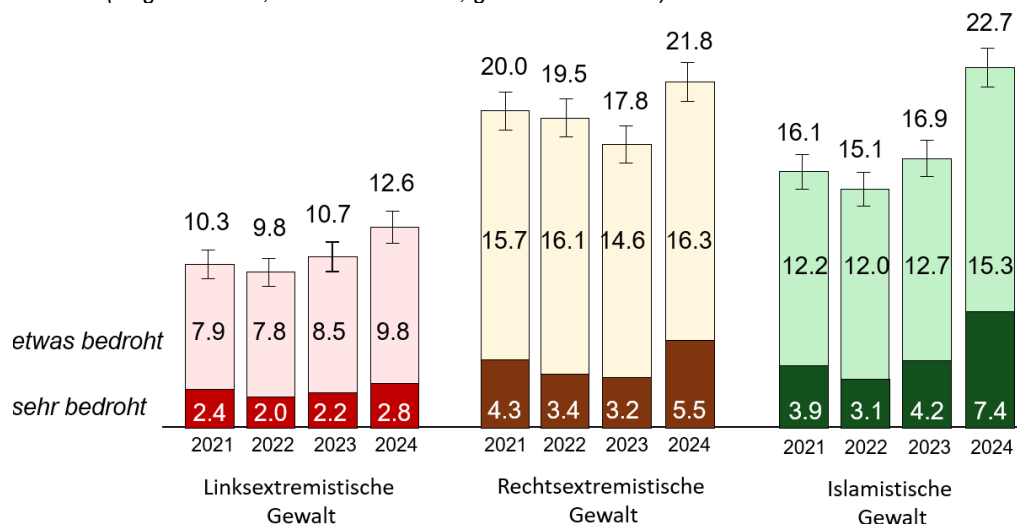
Im Vergleich zu 2021 sind die Raten des Bedrohungsgefühls wegen linksextremer Gewalt nicht signifikant gestiegen. Die wahrgenommene Bedrohung durch rechtsextreme Gewalt lässt von 2023 nach 2024 (+4.0%) jedoch eine signifikante

Zunahme erkennen. In Bezug auf islamistisch motivierte Gewalt sind die Raten 2024 durchgehend höher als im Jahr 2021, wobei die bedeutendsten Zunahmen 2024 zu verzeichnen sind. Hier haben sich die Raten mehr als verdoppelt.

Insgesamt fühlen sich 2024 etwas mehr als ein Fünftel der Bevölkerung durch rechtsextremistische oder islamistische Gewalt im eigenen Lebensumfeld „bedroht“ oder gar „sehr bedroht“.

Differenziert man die Intensität dieser Art des Bedrohungserlebens, dann erweist sich, dass islamistische Gewalt eine deutlich höhere subjektive Relevanz zu besitzen scheint (vgl. Abbildung 16).

Abbildung 16: Bedrohung durch politisch extremistische Gewalt in der eigenen Lebensumgebung nach Intensität des Bedrohungserlebens und Art der politischen Motivation, 2021-2024
(Angaben in %; MiD 2021 – 2024; gewichtete Daten)

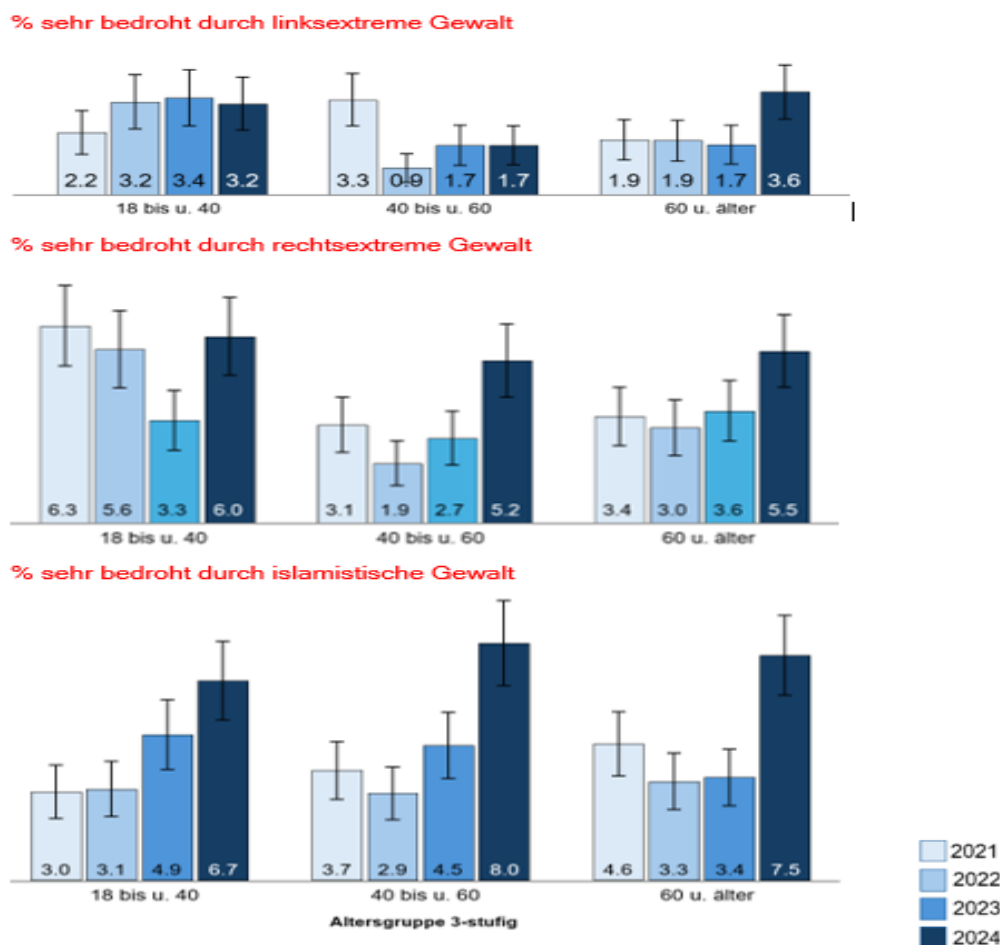


So geben 7.4% der Befragten 2024 an, sich durch islamistische Gewalt sehr bedroht zu fühlen, was in Relation zu 2021 nahezu eine Verdopplung bedeutet. Demgegenüber ist für Rechtsextremismus zwar auch eine solche Tendenz erkennbar, aber die Anstiege sind nicht so stark. Bis 2022 war zudem die Intensität der erlebten Bedrohung durch Rechtsextremismus auch deutlich stärker, als das für Islamismus gilt.

Diese Entwicklungen sind nicht auf bestimmte Altersgruppen beschränkt, sondern finden sich in vergleichbarer Form in allen Altersklassen (vgl. Abbildung 17). Eine gewisse Ausnahme stellt diesbezüglich die linksextreme Gewalt dar, die im mittleren Alterssegment in den letzten Jahren deutlich seltener als bedrohlich erlebt wird im Vergleich zu den unter 40jährigen und den ab 60jährigen.

Es fällt weiter auf, dass die Raten derer, die sich in ihrer Umgebung sehr bedroht fühlen, im Fall des islamistischer Gewalt bei den jüngeren Befragten tendenziell niedriger ausfallen als in der höheren Altersgruppen, während sich für die Bedrohung durch rechtsextremistische Gewalt eine insoweit umgekehrte Rangfolge andeutet.

Abbildung 17: Rate der Befragten die sich durch politisch extremistische Gewalt in der eigenen Lebensumgebung sehr bedroht fühlen (in %) nach Art der politischen Motivation und Altersklasse (Angaben in %; MiD 2021 – 2024; gewichtete Daten)

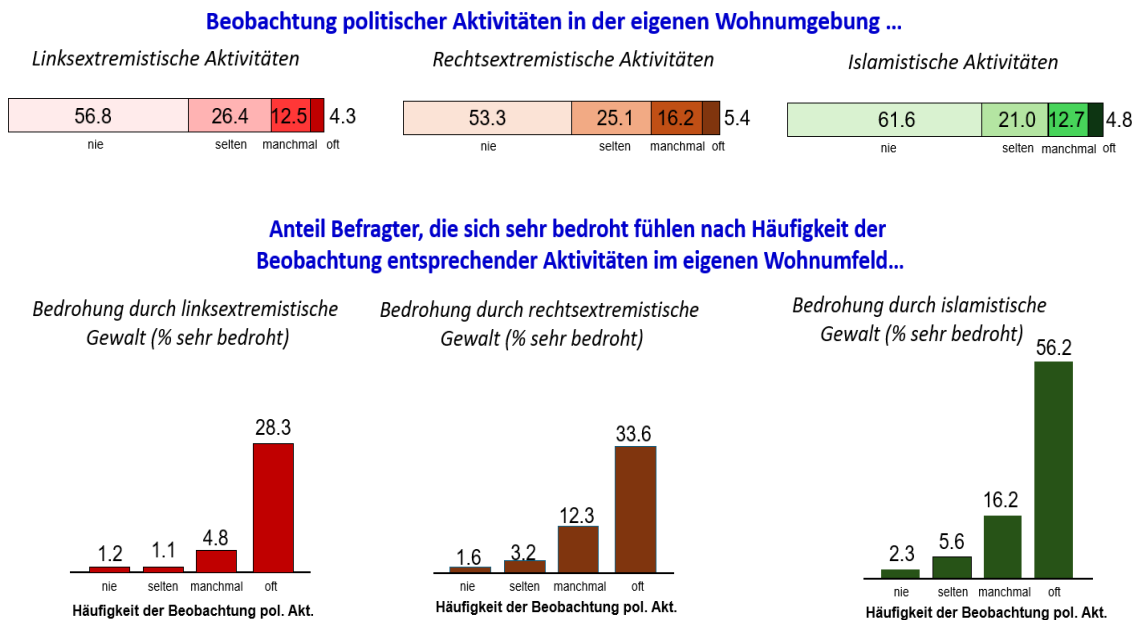


Auffallend ist ferner eine Diskrepanz des Verhältnisses zwischen der Häufigkeit der Wahrnehmung der jeweiligen Formen extremistischer Aktivität in der Wohnumgebung und dem Ausmaß der diesbezüglichen Besorgnisse wegen entsprechender politisch-motivierter Gewalt.

So erfolgen Wahrnehmungen islamistischer Aktivitäten im eigenen Lebensumfeld mit Abstand am seltensten (Abbildung 18). Sofern diese dort aber gehäuft wahrgenommen werden, sind die Raten derer, die sich davon bedroht fühlen, extrem hoch. Sofern keine solche Beobachtungen erfolgt sind, ist auch das Bedrohungserleben erheblich geringer.

Generell gilt darüberhinaus, dass auch ohne die gehäufte Beobachtung politischer extremistischer Aktivitäten im eigenen Lebensumfeld (Kategorien „nie“ oder „selten“) die wahrgenommene Bedrohung durch Gewalt im Falle des Islamismus gleichwohl stets am höchsten ausfallen.

Abbildung 18: Beobachtung politisch extremistischer Aktivitäten im eigenen Lebensumfeld und % derer sie sich sehr bedroht fühlen nach Häufigkeit der Wahrnehmung solcher Aktivitäten in der eigenen Wohnumgebung im Jahr 2024
(Angaben in %; MiD 2024; gewichtete Daten)



Das hohe Bedrohungspotenzial, welches mit islamistischer politisch motivierter Gewalt assoziiert wird, scheint somit weniger abhängig vom Ausmaß der tatsächlich subjektiv erlebten Konfrontationen mit diesem Phänomen in der eigenen Lebensumgebung zu sein, als das für Rechtsextremismus und Linksextremismus gilt. Weiter gilt, dass Islamismus Gewalt, auch unabhängig von Grad seines erlebten Auftretens, generell stärker mit einer Bedrohung durch Gewalt verbunden wird, als dies für Rechts- und Linksextremismus gilt.

7. Akzeptanz von Verschwörungserzählungen und Verbreitung von Verschwörungsmentalitäten

Vor dem Hintergrund erheblicher Verunsicherungen, multipler Krisen und unterschiedlicher, zeitlich parallel dazu auftretender deutlich gestiegener Bedrohungswahrnehmungen ist damit zu rechnen, dass verschwörungstheoretische Narrative als eine Form der Bewältigung einer ansonsten kognitiv wie emotional als potentiell überfordernd erlebten Situation häufiger übernommen und akzeptiert werden.

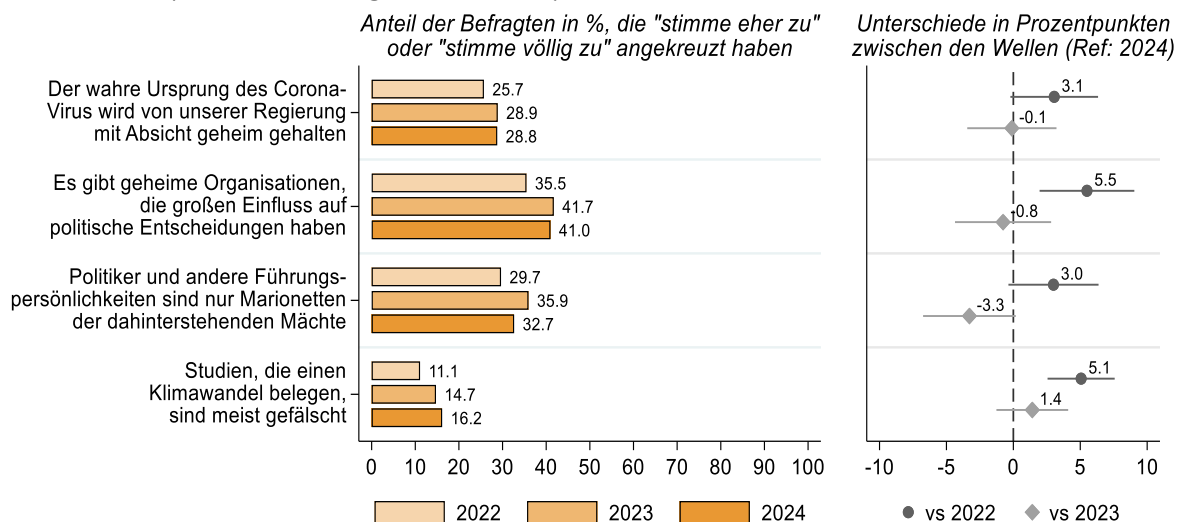
Im Hinblick darauf wurde seit 2022 systematisch erhoben, wie umfangreich in der erwachsenen Wohnbevölkerung in Deutschland die Neigung verbreitet ist, verschwörungstheoretische Narrative zu akzeptieren und diese zu teilen. Insoweit lassen sich u.a. Feststellungen dazu treffen, wie sich das im Zeitverlauf in den letzten drei Jahren verändert hat.

Im Ergebnis ist festzustellen, dass ein relevanter Anteil der Bevölkerung verschwörungstheoretische Erklärungen und Narrative akzeptiert. Im Jahr 2024 stimmen 28.8%

der Befragten der Aussage zu, dass die Herkunft des Corona-Virus absichtlich verschleiert wird. 41% glauben, dass es geheime Organisationen gibt, die die Politik in großem Maße beeinflussen. 32.7% sind der Auffassung, dass Politiker und Führungskräfte nur Marionetten der hinter ihnen stehenden Mächte sind; 16.2% sind der Ansicht, dass Studien, die einen Klimawandel bestätigen, gefälscht seien.

Diese Zustimmungsraten sind seit 2022 deutlich angestiegen. Dies gilt vor allem für die Annahme, dass Politiker in Wahrheit durch geheime Organisationen gesteuert werden (+5.5 Prozentpunkte) sowie die wissenschaftsskeptische Haltung, dass Studien zum Beleg des Klimawandels gefälscht seien (+5.0 Prozentpunkte).

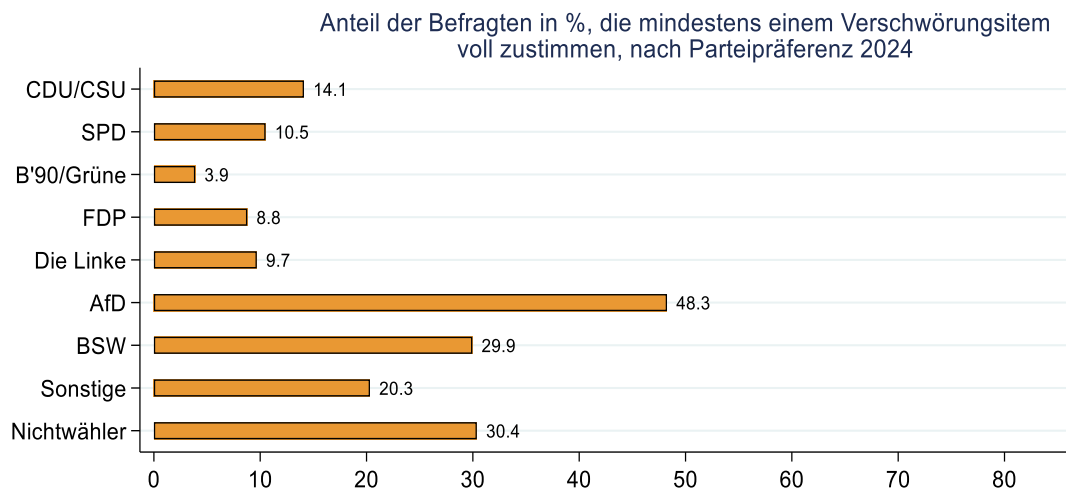
Abbildung 19: Verbreitung der Neigung zur Akzeptanz verschwörungstheoretischer Narrative
(MiD 2022 - 2024, gewichtete Daten)



Es findet sich ferner ein klarer Zusammenhang zwischen der Neigung zum Glauben an Verschwörungstheorien und den politischen Parteipräferenzen (vgl. Abbildung 20). Letztere wurde über die übliche Sonntagsfrage zum voraussichtlichen eigenen Wahlverhalten erfasst, wenn nächsten Sonntag Wahltag wäre.

Unter Sympathisanten der AfD ist die höchste Rate an Personen zu finden, die eine solche Neigung zum Verschwörungsglauben erkennen lassen: 48.3% von ihnen stimmen mindestens einer der verschwörungstheoretischen Aussagen vollständig zu.

Abbildung 20: Verbreitung der Akzeptanz verschwörungstheoretischer Narrative nach Parteipräferenz
(Sonntagsfrage; Angabe in %; MiD 2024, gewichtete Daten)



An zweiter Stelle finden sich Anhänger des BSW, von denen 29.9% mindestens einer der hier verwendeten Aussagen voll und ganz zustimmen. Unter den Nichtwählern liegt dieser Anteil bei rund einem Drittel. Bei den übrigen Parteien liegen die entsprechenden Anteile um die 10%; am höchsten ist diese Rate hier bei den CDU/CSU-Sympathisanten (14.1%), am niedrigsten bei B'90/Grünen (3.9%).

8. Zusammenfassung und erste Zwischenbilanz

Im Jahr 2024 konnte die vierte Welle der repräsentativen Studie „Menschen in Deutschland“ erfolgreich umgesetzt werden. Insgesamt wurden mehr als 4000 Menschen ab 18 Jahre erreicht, die bereit waren, an dieser Befragung teilzunehmen. Die Merkmale dieser einwohnermeldeamtsbasierten großen Stichprobe der in Deutschland lebenden erwachsenen Bevölkerung entspricht sehr gut den Strukturen der Gesamtbevölkerung. Die Rücklaufquoten waren in einem Bereich, der für solche Studien als sehr gut bezeichnet werden kann. Die Ergebnisse der Befragungen sind insoweit als repräsentativ anzusehen.

Im längsschnittlichen Vergleich der vier Erhebungswellen lassen sich ganz eindeutig wachsende Vertrauensverluste, Zunahmen von Inkompetenzzuschreibungen mit Blick auf gesellschaftliche Entscheidungsträger und steigende Besorgnisse in sehr wichtigen Politikfeldern konstatieren. Darüber hinaus sind zusätzlich auch erhebliche Rückgänge des Vertrauens in Staat und Politik zu konstatieren.

Diese Entwicklungen werden begleitet von Anstiegen der subjektiven Wahrnehmung kollektiver Benachteiligungen der Eigengruppe seitens vieler Bürgerinnen und Bürger. Hier geht es um die Zunahme der Einschätzung, dass Menschen wie man selbst von staatlichen Institutionen schlecht behandelt, benachteiligt und mit ihren Sorgen und Nöten nicht ernst genommen werden.

Weiter sind erhebliche Zuwächse der Akzeptanz von Verschwörungserzählungen zu erkennen. Diese sind generell mit der Entstehung von Schwierigkeiten verbunden, lösungsorientierte rationale Debatten überhaupt angemessen führen zu können.

In der Summe ergibt dies eine höchst brisante Gemengelage, die einen ganz erheblichen und thematisch umfassenden Legitimationsverlust der aktuellen Politik und wichtiger Entscheidungsträger bei großen Teilen der Bevölkerung indiziert.

Die Beobachtungen der Befragten in deren eigenen Lebensumfeldern verweisen im Einklang damit auf Symptome eines reduzierten gesellschaftlichen Zusammenhalts. So ist der Anteil der Menschen gestiegen, die in ihren Städten und Gemeinden Formen der Intoleranz wie Ausländerfeindlichkeit, Islamfeindlichkeit und Antisemitismus registrieren. Das steht mit zahlreichen Studien im Einklang, die gleichfalls vermehrte registrierte Vorfälle im Bereich von Intoleranz und Hass berichten oder auf der Grundlage von Umfragen Zunahmen intoleranter Einstellungen festgestellt haben.

Diese Entwicklungen werden unseren Befunden nach ferner begleitet von Anstiegen der Raten an Personen, die in ihrem Wohnumfeld Formen politisch-extremistischer Aktivitäten registrieren. Gefühle der Bedrohung durch politisch motivierte Gewalt in der eigenen Gemeinde oder Stadt haben in diesem Kontext gleichfalls zugenommen. Dabei spielen islamistische und rechtsextreme Formen der politisch motivierten Gewalt die entscheidende Rolle. Sorgen wegen linksextremer Gewalt existieren in der Bevölkerung zwar auch und sollten nicht ignoriert werden, dies bewegt sich allerdings auf deutlich niedrigerem Niveau.

Insgesamt zeichnet sich damit eine gesellschaftliche Situation ab, die aus theoretischer Sicht mit der Gefahr verbunden ist, dass sich in wachsendem Maße ein fruchtbarer Nährboden für autoritäre populistische Agitationsbemühungen ausbreiten könnte. Dies stellt eine ernsthafte Gefahr für eine liberale, rechtsstaatliche Demokratie dar. Die aktuelle Lage lässt sich insoweit als eine potentiell „explosive Mischung“ beschreiben, als eine gesellschaftliche Konstellation mit erhöhten Risiken der weiteren Verstärkung von sozialen Vorurteilen gegenüber Minderheiten und Fremdgruppen jedweder Art bis hin zu manifesten Ausprägungen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit mit ihren erheblichen sozial desintegrativen Effekten.

Aus unserer Sicht erscheint es angesichts der sehr dynamischen und labilen Situation auf nationaler wie internationaler Ebene wichtig und geboten, diese Entwicklungen weiter wissenschaftlich aufmerksam zu verfolgen. Neben differenzierten, multimethodalen Beschreibungen geht es dabei auch darum, Früherkennung zu etablieren, neue Phänomene zu registrieren wie auch die Hintergründe der beschriebenen Entwicklungen differenziert zu analysieren, nicht zuletzt und vor allem auch in Bezug auf sich daraus ergebende Erkenntnisse für die Bereiche von Prävention und Intervention sowohl auf der zivilgesellschaftlichen als auch der staatlichen Ebene von Gesetzgebung, Regierung und Behörden.

Dieser Bericht soll als Rückmeldung einen frühen ersten Einblick in Fragestellungen, Umsetzung, Verlauf und ausgewählte Befunde unserer Untersuchung „Menschen in Deutschland 2024“ geben und wichtige erkennbare Trends beschreiben. Weitere Informationen zu unseren Forschungsarbeiten in diesem Feld finden Sie auf unserer Homepage <https://www.mid.uni-hamburg.de/startseite.html> und in unseren fortlaufenden Publikationen unter <https://www.jura.uni-hamburg.de/die-fakultaet/professuren/kriminologie/motra.html>.

Wir möchten diese Gelegenheit hier nutzen, uns vor allem bei allen unseren Befragten, die uns so bereitwillig geantwortet und dafür ihre Zeit zur Verfügung gestellt haben, ganz herzlich zu bedanken.

Vielen Dank, dass Sie uns durch Ihre aktive Teilnahme an der Befragung unterstützt und damit sehr geholfen haben, wissenschaftliche Erkenntnisse zu akuten und drängenden Fragen unserer Gesellschaft gewinnen zu können !

Wir hoffen sehr, dass Sie uns auch bei den künftigen Befragungen im Rahmen von MOTRA weiter unterstützen, indem sie aktiv daran teilnehmen und so die Forschungsarbeit unterstützen. Ohne Ihre Mithilfe wäre das nicht möglich !

Diesen hier vorliegenden Bericht stellen wir allen Interessierten hier als [PDF](#) zum direkten Download zur Verfügung.

Für Rückfragen kontaktieren Sie gerne unser Team unter: mid-studie@uni-hamburg.de.

Vorschlag zur Zitation des hier online vorliegenden Berichts:

Wetzels, P., Farren, D., Brettfeld, K., Fischer, J.M.K. & Endtricht, R. (2025). *Erste Ergebnisse der repräsentativen Befragung „Menschen in Deutschland“ für das Jahr 2024 (MiD 2024)*. Hamburg: Universität Hamburg. <https://doi.org/10.25592/uhhfdm.18004>

Weitere Publikationen zur Studie MiD 2024

Brettfeld, K., Farren, D., Fischer, J.M.K., Endtricht, R. & Wetzels, P. (2025). Aktuelle Trends der Verbreitung extremismusaffiner Einstellungen in Deutschland: Zur Entwicklung von Demokratiedistanz, Rechtsextremismus und Islamismus in der Zeit von 2021 bis 2024. In: U. Kemmesies, P. Wetzels, B. Austin, A. Dessecker, S. Hutter, C. Büscher & D. Rieger (Hrsg.), *MOTRA Monitor 2023/2024*, (S. 86-128). Wiesbaden: BKA. <https://doi.org/10.57671/ISBN.978-3-911329-01-9> **2025 MOTRA**

Farren, D., Brettfeld, K., Wetzels, P., Fischer, J.M.K. & Endtricht, R. (2025). *Menschen in Deutschland 2024. Vierte Welle der bundeweit repräsentativen Befragung: Durchführung, Rücklauf, Erhebungsinstrument und Codebuch*. UHH MOTRA Forschungsbericht No. 17 aus dem Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft. Hamburg: Universität Hamburg. <https://doi.org/10.25592/uhhfdm.16817>

Wetzels, P. & Brettfeld, K. (im Druck). Hintergründe islamismusaffiner politischer Einstellungen bei in Deutschland lebenden Muslim*innen: Zur Relevanz unterschiedlicher Dimensionen der Religiosität. In: R. Endtricht (Hrsg). *Extremistische Einstellungen in Deutschland: Verbreitungen, Einflussfaktoren und Trends*. Wiesbaden: Springer VS. (erscheint Ende 2025).